

INFOPERU67

Der Newsletter de Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 67 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Nach der Wahl ist vor der Wahl \(Andreas Baumgart\)](#)
3. [„Als Abgeordnete müssen wir für etwas stehen“ \(A. Baumgart\)](#)
4. [Mehr Flugzeuge, mehr Touristen, weniger Wasser... \(Nuria Frey\)](#)
5. [Mit meiner Zukunft spielt man nicht \(Elena Muguruza und Annette Brox\)](#)
6. [Neue ISP-Publikation: Reportagen aus dem Regenwald](#)
7. [Marca Perú: Die andere Seite der Single Story \(Jan Doria\)](#)
8. [Das Recht von dem zu leben, was man gerne tut. Interview mit Teresa Ruiz Rosas \(Hildegard Willer\)](#)
9. [Peru nicht sicher für Menschenrechtsverteidiger \(H. Willer\)](#)
10. [Peru weist venezolanische Flüchtlinge zurück \(H. Willer\)](#)
11. [Kurz gemeldet - Februar 2020 \(A. Brox und Heinz Schulze\)](#)
12. [Wie geht es mir Lithium und Uran weiter? \(H. Schulze\)](#)
13. [Der tiefe Fall des Gregorio Santos \(H. Schulze\)](#)
14. [Veranstaltungen](#)

1. Editorial InfoPeru No 67

Liebe Leserin, lieber Leser,

Januar und Februar sind in Peru Ferienzeit, Strandzeit. Diesen Januar jedoch waren Wahlen angesagt. Am 26. Januar wählten die Peruaner*innen neue Abgeordnete, nachdem Präsident Vizcarra im September das Parlament aufgelöst hatte.

Normalerweise werden in Peru der Präsident und der Kongress gemeinsam gewählt – dieses Mal wurden nur die Abgeordneten gewählt. Dementsprechend schleppend kam die Wahlkampagne in Schwung. Das Ergebnis der Wahlen zeigt vor allem eine grosse Zerrissenheit in der politischen Landschaft Perus. Die meistgewählte Partei, Acción Popular, kam gerade mal auf etwas über 10%. In diesem InfoPeru finden Sie die ausführliche Wahlanalyse von Andreas Baumgart, sowie ein Interview mit der neuen Kongressabgeordneten Rocio Silva-Santisteban, die vielen Freund*innen der Infostelle als Menschenrechtsaktivistin bekannt sein dürfte.

Die neuen Abgeordneten nehmen Mitte März ihre Geschäfte auf. Bis dahin regiert Vizcarra mit Sonderdekreten und zusammen mit einer Kommission von Abgeordneten des aufgelösten Parlaments.

Dieses Regieren gelingt Vizcarra nicht besonders gut. Vier Minister (Energie und Bergbau, Justiz, Transport, Bildung) haben ihr Amt innerhalb weniger Tage aufgegeben. Mindestens zwei davon (Energie und Bergbau und Justiz) in Folge des Odebrecht-Korruptionsskandals, dessen immer neue Enthüllungen die peruanische Politik zu bestimmen scheinen.

Nachdem alle Ex-Präsidenten Perus, Parteiführerin Keiko Fujimori und Ex-Bürgermeisterin Susana Villarán entweder im Gefängnis/Hausarrest sind, oder sich erschossen haben, hat es nun auch einen weiteren Ex-Bürgermeister von Lima, Luis Castañeda Lossio, getroffen. Ein Richter verurteilte ihn zu 24 Monaten Untersuchungshaft wegen Annahme von Schmiergeldern.

„Die Firma Odebrecht ist für mich heute die Verkörperung des Teufels auf Erden. Jedes Projekt, jede Regierung, die vielversprechend angefangen hatte, wurde von ihr wie in einem Alptraum-Märchen korrumpiert“, sagt die peruanische Schriftstellerin Teresa Ruiz Rosas in einem Interview, das Sie in diesem InfoPeru nachlesen können.

Ganz herzlich möchten wir Sie zum jährlichen Peru-Seminar der Infostelle einladen. Es findet vom 24. – 26. April 2020 in Köln statt. Und neben spannenden Themen und Referent*innen werden wir dort auch 30 Jahre Informationsstelle Peru feiern.

Hildegard Willer



Foto: Andina

2. Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Ergebnisse der Parlamentswahl vom 26. Januar zeigen ein fragmentiertes Parlament, eine geschwächte Linke und einige Überraschungen.

Am Sonntag den 26. Januar waren knapp 25 Mio. Peruaner und Peruanerinnen aufgefordert, an den kurzfristig anberaumten „Außerordentlichen Parlamentswahlen 2020“ teilzunehmen, um 130 Abgeordnete aus 26 Regionen des Landes neu zu wählen.

Wir hatten schon berichtet, dass diese Wahlen aufgrund der Schließung des Parlaments durch Präsident Vizcarra erfolgen mussten. Die Abgeordneten werden für den Rest der unterbrochenen Legislaturperiode, also bis 28 Juli 2021 amtieren und dürfen nicht an den am 11. April 2021 stattfindenden nächsten regulären Parlaments- und Präsidentschaftswahlen teilnehmen. So beträgt ihre Amtszeit knapp 1 ½ Jahre. Dies wird sich sicherlich entsprechend negativ auf die Parlamentsarbeit auswirken.

Peru ist immer für Überraschungen gut und so kam es neben voraussehbaren Resultaten auch zu einigen unerwarteten Parteierfolgen. Im Vorfeld änderten sich die Wahlprognosen in rascher Folge und einige politischen Kräfte vielen fast völlig durch den Umfrage-Radar. Bis zum Wahltag hatten sich über 40% der Wahlberechtigten noch nicht entschieden, ob sie ungültig, weiß oder für einen der Kandidaten stimmen würden. Das erklärt maßgeblich die Ungenauigkeit der Prognosen aller Institute. Da es sich um reine Parlamentswahlen handelte, gab es keine Präsidentschaftskandidat*innen, um die sich die Wähler*innen hätten scharen können. Einige bekannte Parteiführer*innen, die als aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat*innen für 2021 gelten, nahmen an dieser Wahl nicht teil. Gewählt wurden eine Partei sowie eine Kandidatin oder ein Kandidat derselben Partei. Hierbei galt die Präferenzwahl, so dass die Wähler*innen ihre Lieblingskandidat*innen unabhängig von deren Listenplatz nach vorne bringen konnten.

Noch sind nicht alle Stimmen der Regionen vollständig ausgewertet und einige Änderungen sind noch möglich doch ein einigermaßen deutliches Bild der prozentualen Resultate und der Zusammensetzung des neuen Parlaments zeichnet sich ab:

Prozentuale Ergebnisse nach dem aktuellem Auszählungsstand:

Accion Popular: **10,31%**;

Frente Popular Agrícola Fia Del Peru – FREPAP: **8,27%**;

Podemos Peru: **8,06%**;

Alianza Para El Progreso: **8,06%**

Partido Morado: **7,39%**;

Fuerza Popular: **7,24%**;

Unión Por El Peru: **6,91%**;

El Frente Amplio Por Justicia, Vida Y Libertad: **6,21%**;

Partido Democrático Somos Peru: **6,07%**;

Zusammensetzung des Parlaments

Accion Popular: **25** Sitze;

Alianza Para El Progreso: **22** Sitze;

Frente Popular Agrícola Fia Del Peru – FREPAP: **15** Sitze;

Fuerza Popular: **15** Sitze;

Unión Por El Peru: **13** Sitze;

Partido Democrático Somos Peru: **11** Sitze;

Podemos Peru: **11** Sitze;

El Frente Amplio Por Justicia, Vida Y Libertad: **9** Sitze;

Partido Morado: **9** Sitze;

In der Wahlregion Lima/Ausland führen derzeit Podemos Perú mit 15,36%, Partido Morado mit 11,45% und Frepap mit 9,70%. Über 30% der Wähler*innen Perus sind nicht im Parlament repräsentiert, weil die von ihnen gewählten Parteien nicht die 5%-Hürde überwinden konnten. Hinzu kommt ein hoher Anteil ungültiger Stimmen, der bei ca. 20% liegen dürfte.

Wer hat wo gewonnen?

Schaut man sich an, wer wo gewonnen hat, darf man nicht außer Acht lassen, dass der Abstand des regionalen Siegers zum restlichen Feld teilweise minimal ist. Auch hier sind noch einige wenige Änderungen möglich. Vorerst haben gewonnen: Accion Popular in Callao, San Martin, Lambayeque, Huánuco und Pasco; Union por el Peru Arequipa, Tacna, Puno, Ayacucho und Huancavelica; Alianza para el Progreso Tumbes, Loreto, La Libertad, Cajamarca, Ica und Moquegua; Frente Amplio Amazonas und Apurimac; Podemos Peru Lima und Ausland; Frepap Provinz Lima und Ucayali; Partido Politico Nacional Peru Libre Junin; Avanza País Madre de Dios; Democracia Directa Cuzco; Fuerza Popular Piura und Somos Peru Ancash.

Kommentierte Resultate

Bei dieser Wahl hat es einige Überraschungen gegeben. Zum ersten Mal wird Peru von einem Präsidenten regiert, der nicht über eine eigene Parlamentsfraktion verfügt. Die in Contigo umgetaufte ehemalige Partei PPK ist verschwunden. Sie landete an letzter Stelle. Und zum ersten mal in ihrer Geschichte, entsendet die legendäre APRA keine Abgeordnete ins Parlament. Keikos Fuerza Popular ist dramatisch auf ca. 8 % zusammengeschrumpft. Beide Parteien wurden deutlich für ihre destruktive Parlamentspolitik, ihre Machtspiele und Deckung der Korruption bestraft.

Abgestraft wurde auch die Partei Solidaridad Nacional, ein Sammelbecken ehemaliger Fujimoristas, prominente rechtsradikale Evangelikaler, Mitglieder der homophoben, gender- und feminismusfeindlichen Bewegung „Con mis hijos no te metas“ sowie Mitgliedern von „Provida“ und „Profamilia“. Angeführt wurde die Liste für Lima von den abtrünnigen Abgeordneten Fujimoristas Rosa Bartra, Yeni Vilcatoma und Nelly Cuadros, die nun nicht mehr dem Parlament angehören werden. Die Partei rangiert unter ferner liefen.

Dagegen ist die messianische Partei FREPAP wie ein Phönix aus der Asche auferstanden. Kaum jemand hatte sie auf dem Radar. Über diese Partei findet sich auf der Homepage ein Artikel von [Hildegard Willer](#). Sehr zu empfehlen ist auch der Artikel von [Carlos Herz](#), „[Frepap: novedad o continuidad?](#)“

Überraschend stark schnitten auch die beiden Parteien Unión por el Perú und Podemos Perú ab. Unión por el Perú hatte den Anführer des Aufstandsversuchs „Andahuaylazo“ Antauro Humala, der derzeit eine Gefängnisstrafe absitzt sowie einige seiner Anhänger als Kandidaten eingeladen. Als virtueller Spitzenkandidat sorgte er für diesen riesigen Wahlerfolg einer ansonsten stark zerstrittenen Gastgeberpartei. Über Antauro Humala und dessen Partei hatte ich zuletzt unter [„Más de lo mismo? Nichts neues unter der Sonne?“](#) berichtet.

Die vom dem so populären wie sprachbegabten General Daniel Urresti und ehemaligen Innenminister Ollanta Humalas angeführte, erst 2018 gegründete Partei Podemos Perú, konnte offensichtlich mit ihrem starken Sicherheitsdiskurs viele Wähler*innen überzeugen. Der Unternehmer und Parteigründer José Luna Gálvez hatte sich zurückgezogen, da er wegen des Korruptionsskandals um seine private Universität Telesup untersucht wird.

Der Einzug der anderen Parteien hat nicht überrascht. GESAMTSIEGER ist Accion Popular, die schon bei den Kommunalwahlen 2018 stärkste Kraft wurde. Allerdings hat sie diesmal deutlich schwächer abgeschnitten und ist intern ausgesprochen zersplittert. Die Spitzenkandidatin für Lima, Mónica Saavedra, hatte die Parlamentsauflösung als Putsch und Vizcarra als Diktator bezeichnet, andere ihrer Kollegen hatten dessen Vorgehen ausdrücklich begrüßt. Teile von AP sind immer wieder Bündnisse mit dem Fujiaprisimo eingegangen. Eine einheitliche Linie ist nicht zu erwarten. Der Einzug der Parteien Partido Morado von Guzmán, Alianza Para El Progreso von César Acuña und Somos Perú, ursprünglich vom beliebten Bürgermeister Limas Alberto Andrade gegründet, hat nicht überrascht. Allerdings hatten wir mit wesentlich mehr Stimmen für APP gerechnet.

Wie sieht es bei der Linken aus?

Bei den Parlamentswahlen 2016 hatte die linke Partei Frente Amplio mit ihrer Präsidentschaftskandidatin Veronika Mendoza prozentual den dritten Platz errungen und stellte im Parlament die zweitstärkste Fraktion. Nach der Spaltung in Frente Amplio und Nuevo Peru gingen beide Gruppierungen trotz nahezu identischer Programmatik im Prinzip getrennte Wege. Bei den Kommunalwahlen 2018 erhielten sie die Quittung: Frente Amplio kam in Lima auf 1,54%, Juntos por el Peru, ein Bündnis der traditionellen Linken mit Nuevo Peru auf 0,76% der Stimmen. Bei der aktuellen Parlamentswahl gingen die Parteien in gleicher Konstellation wieder an den Start. Allerdings hatten Juntos por el Peru und Nuevo Peru versucht, mit dem populistischen Peru Libre von Vladimir Cerron, wegen Korruption verurteilt, ein Wahlbündnis zu schmieden. Dies hat zum Austritt praktisch der gesamten feministischen und umweltaktivistischen Mitgliedschaft von Nuevo Peru als auch der herausragenden Abgeordneten Marisa Glave, Indira Huilca, Tania Pariona, Richard Arce und Horacio Zeballos geführt. Das Bündnis scheiterte jedoch letztlich an bürokratischen Problemen, so das Peru Libre allein ins Rennen ging und in Junin auch die Wahl gewonnen hat. Die 5%-Hürde wurde allerdings verfehlt, so dass dies Partei nicht vertreten ist.

Dagegen ist wie erwartet, die Partei Frente Amplio wieder ins Parlament eingezogen. Hier lassen besonders drei Frauen auf gute Initiativen und Beiträge hoffen: Die Autorin, Feministin und Umweltaktivistin Rocio Silva Santisteban, die für Lima gewählt wurde. Sie hat eine regelmäßige Kolumne in der Tageszeitung La República; Ebenso für Lima die Anwältin und Frauenrechtlerin Arlette Contreras, die Opfer eines Feminizid-Versuchs wurde und seit Jahren gegen den machistischen Justizsumpf kämpft und die in Cajamarca gewählte junge Rechtsanwältin Mirtha Vásquez Chuquilín. Sie hat sich mit der NGO Grufides für die Opfer der Minenaktivitäten eingesetzt und ist derzeit Mitglied des Leitungsgremiums der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos. Seit Jahren publiziert sie bei Noticias SER. In einem Interview, das ich gestern mit Rocio Santisteban führen konnte, erklärte sie mir, dass sie die Arbeit der feministischen Abgeordneten von Nuevo Peru, die ja nun nicht mehr vertreten sind, fortführen wird. Sie möchte besonders an die Arbeit und von Indira Huilca anknüpfen und deren liegengebliebenen Initiativen aufgreifen. Ebenso möchte sie bei inhaltlich übereinstimmenden Initiativen mit Frauen anderer Parteien zusammengehen.

Das Bündnis Juntos por el Peru und Nuevo Peru hat es mit 4, 76% der Wählerstimmen dagegen nicht ins Parlament geschafft. Dies bedeutet eine starke Schwächung der Linken im Parlament, die dann nur noch durch die Frente Amplio vertreten sein wird und von 20 Sitzen 2016 auf vermutlich 9 zusammengeschrumpft ist.

Je nach Betrachtungswinkel hat die Linke bei diesen Wahlen verloren oder sie ist stark gewachsen. Viele Bürger*innen und politisch Kommentatoren halten Antauro Humala und seine Anhängerschaft für eine starke linksradikale Kraft. Auch der Sieg des von Peru Libre in Junin und die fast 5% von Juntos werden der Linken verbucht. Addiert man alle Wählerstimmen unabhängig von der Zusammensetzung im Parlament, sollen angeblich an die 30% der Peruaner*innen links gewählt haben.

Ich teile diese Einschätzung nicht. Die Linke hat einen starken Dämpfer erhalten. Antauro Humala als Linken zu bezeichnen, ist weit gefehlt. Er und sein Vater Isaac sind die Gründer eines spezifisch peruanischen Faschismus, mit dem wir uns noch sehr intensiv befassen werden, müssen.

Bei den Richtungseinordnungen tritt wieder die ganze Problematik der heutigen Linken, nicht nur für Peru zutage, dass die Grenzen zu Populismus, Nationalismus, Antisemitismus, Xenophobie und religiösem Antiimperialismus immer häufiger verschwimmen und die seltsamsten Verbrüderungen zustande kommen. Denken wir nur an die Koalition von SYRIZA unter Alexis Tsipras mit der rechtsradikalen xenophoben ANEL-Partei.

Eine erste Einschätzung der Perspektiven

Das neue Parlament ist durch die 9 Parteien stark fragmentiert. Die Parteien liegen dicht beieinander. Anders als im vorherigen Parlament, in dem allein Fuerza Popular anfänglich 73 Abgeordneten stellte, sind nun alle Parteien weit entfernt von einer möglichen Übermacht. Dazu kommt, dass erhebliche Differenzen zwischen Interessensgruppen und Personen auch innerhalb der meisten Parteien und Bündnisse bestehen. In den vielen Interviews und Debatten im Internet und TV wurden vor allem persönliche Vorstellungen geäußert. Parteilinien waren nur selten zu erkennen. Immer wieder konnte man sich verwundert die Frage stellen, was diese oder jene Person in diese oder jene Partei hineingeraten ist. Es ist nicht übertrieben, wenn man von einem zusammen gewürfelten Haufen aus „Eingeladenen“ spricht. Die strukturell extrem schwach aufgestellten Parteien waren mehrheitlich nicht in der Lage, aus den eigenen Reihen genügend Kandidat*innen aufzustellen. Es ist nicht absehbar, ob die durchschnittliche Schwäche der Parteien nun zu mehr Kooperation führen oder eher den Parlamentsbetrieb noch stärker beeinträchtigen und handlungsunfähiger machen werden.

Präsident Vizcarra hat sich optimistisch geäußert. Das ist verständlich. Jetzt steht ihm nicht mehr der monolithische Block des Fujiprismo gegenüber. Durch geschicktes Taktieren zwischen den einzelnen Parteien wird er es vermutlich leichter haben, seine eigenen Gesetzesinitiativen durchzubringen und die begonnen Reformen zu beenden. Zudem kann er auf eine mehrheitliche Zustimmung zu seinem neoliberalen Wirtschaftskurs rechnen. Interessant wird sein, wie sich FREPAP und Union por el Peru demgegenüber positionieren. Sie haben beide starke Bezüge zu

einer ländlichen Ökonomie und Union por el Peru eine ausgeprägt nationalistisch-staatskapitalistische Ausrichtung.

Peru ist noch immer ein hoch zentralistisch funktionierendes Land, trotz aller bisherigen Versuche, den Einwohner*innen der Regionen mehr Einfluss und Mitsprache zu geben. Es gibt zahlreiche Kulturen, Denkweisen und Lebensstile. Trotz der starken Migration aus den Anden und dem Urwald in die Küstenstädte und insbesondere in die Hauptstadt Lima, bleibt diese das Epizentrum des Blicks oder auch Nichtblicks auf den Rest des Landes. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn besonders den in Lima konzentrierten Medien, den alten und neuen Eliten aus Wirtschaft und Politik und großen Teilen der ausgeprägt rassistischen traditionellen urbanen Bevölkerung entgeht, was sich in den Provinzen Perus entwickelt und teilweise auch zusammenbraut. So war es mit der Terrororganisation Sendero Luminoso, so ist es mit den zahlreichen sozio-ökologischen Bewegungen und Überlebenskämpfen in den Anden und dem Amazonas und eben auch mit den sich immer mehr durchsetzenden selbstbewussteren ideologischen und religiösen Strömungen, deren Einfluss auf die migrierte, zumeist ärmere Bevölkerung in den Randbezirken Limas stetig wächst. Neben Frente Amplio werden nun die beiden Parteien FREPAP und Union por el Peru die Provinzen Perus ins Bewusstsein der Limeños rücken.

Das neue Parlament wird ausgesprochen männerlastig. 97 Männer stehen 33 Frauen gegenüber. Dieses extreme Missverhältnis wurde durch die deformierte Wahlreform begünstigt. Darin wird die die paritätische Geschlechterverteilung auf das Jahr 2031 (sic!) verschoben. Die Feministinnen, Frauenrechtlerinnen und Anhänger und Anhängerinnen des Genderstandpunkts werden starken Gegenwind bekommen. Mit FREPAP und Union por el Peru sind zwei ausgeprägt machistische, antifeministische und homophobe Kräfte zu Fuerza Popular und den anderen konservativen Kräften hinzugetreten. FREPAP macht gerade durch seine religiös-biologistischen Angriffe auf LGTBI- Communities von sich reden. Im neuen Parlament werden wir einen scharf geführten Kampf um die Aufhebung des Genderstandpunkts in der Schulbildung erleben. Glücklicherweise wird dieser neben der Linken auch in anderen Parteien der Mitte hochgehalten und gemeinsam mit der Regierung verteidigt werden.

Die starke venezolanische Einwanderung wird ein großes Thema werden und zu heftigen Auseinandersetzungen führen. Auch hier gibt es keine klaren Fronten. Während des Wahlkampfes haben sich von links bis rechts zahlreiche Kandidat*innen ausländerfeindlich geäußert, teilweise gehetzt, während andere aus den selben Parteien eine Lanze für die Venezolaner*innen gebrochen und die wachsende Xenophobie kritisiert haben. Und zu guter Letzt wird die Partei Antauros aller Wahrscheinlichkeit gemeinsam mit einigen anderen Parteien die Todesstrafe wieder auf die Tagesordnung setzten.

Einerseits können wir uns auf ausgeprägten Individualismus, Folklorismus, Messianismus, infantiles Gezänk und patriotischen Pathos einstellen. Andererseits auf ausgesprochen gute Beiträge und Initiativen, da einige der „Neuen“ vielversprechende Ideen und Eigenschaften mitbringen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Wenn die Eingewöhnungsphase für die neuen Parteien und Abgeordneten Ende des Jahres vorüber ist, wird schon der neue Wahlkampf aufflammen, in dem

sich die Parteien entsprechend profilieren möchten. Das befördert kein konstruktiveres Miteinander. Wird das neue Parlament besser? Es wird anders.

Erfreulicherweise setzt die Gruppe der aufrechten Staatsanwält*innen und Richter*innen unbeeindruckt von den Wahlen ihren Kampf gegen die Korruption fort. Am 28. Januar, wurde Keiko Fujimori auf Antrag des unermüdlichen Sonderstaatsanwalts José Domingo Pérez durch Richter Víctor Raúl Zuñiga Urday zu 15 Monaten Präventivhaft verurteilt und direkt aus dem Gerichtsaal ins Gefängnis abgeführt. Der Richter geht von der Existenz einer kriminellen Vereinigung innerhalb von Fuerza Popular aus, von Flucht- bzw. Verdunklungsgefahr und Behinderung der Justiz durch Beeinflussung und Bedrohung von Zeug*innen aus.

Andreas Baumgart



3. „Als Abgeordnete müssen wir für etwas stehen“

Rocio Silva Santisteban ist eine bekannte Dichterin, Journalistin, Feministin und Menschenrechtsaktivistin. Bei den Kongresswahlen 2020 wurde sie für die linke „Frente Amplio“ ins Parlament gewählt. Andreas Baumgart hat mir ihr gesprochen.

Andreas Baumgart (AB): Zuallererst gratuliere ich dir herzlich zu deiner erfolgreichen Kandidatur und deiner künftigen parlamentarischen Arbeit. Ich finde es großartig, dass der Feminismus erneut im Kongress vertreten ist und durch dich jetzt auch noch mit Poesie und Literatur verbunden. Wie fühlst du dich angesichts deiner künftigen Aufgaben?

Rocio Silva Santisteban (Rocio SS): Nun, in Wahrheit ist es eine echte Herausforderung! Die Zusammensetzung des Kongresses ist sehr komplex. Die Partei mit den meisten Abgeordneten

ist Acción Popular, und sie hat nur 25 Sitze bei ca. 10% der Stimmen. Mit 25 Sitzen erreicht man nichts. Für die Verabschiedung eines Gesetzes ist eine Mindestzahl von etwa siebzig Sitzen erforderlich. Viele werden definitiv gemeinsam abstimmen und Bündnisse eingehen müssen. Auffallend war, dass neben der Zersplitterung in lauter kleine Fraktionen zwei Gruppen hervorgetreten sind, denen man nicht so viele gewählte Abgeordnete zugetraut hat. Eine davon ist die [FREPOP](#). Wir haben es mit einem Archipel zu tun und damit dieser Kongress funktionieren kann, wird es viele Debatten und eine Menge Konsens geben müssen. Wie auch immer, die Menschen warten darauf, dass der Kongress funktioniert. Abgesehen von den Positionen der neuen Gruppen beunruhigt mich, dass sie auch keine Erfahrung mitbringen. Wir zum Beispiel, die Frente Amplio, treten mit den Erfahrungen an, die wir bereits im letzten Kongress machen konnten. Wir haben auch einige Gesetzentwürfe und Vorschläge in den Kommissionen hinterlassen. Die neuen Gruppen fangen bei null an, beunruhigend.

AB: Was können die Gründe dafür sein, dass sich viele feministische Frauen und GBTI-Menschen, die ja in Kollektiven, in Gruppen und individuell sehr aktiv sind, von den politischen Parteien fernhalten und nicht parlamentarisch betätigen möchten?

Rocio SS: Ich denke, dass sich die politischen Parteien in einer sehr tiefen Krise befinden. Feminismus und LGBTI-Aktivismus finden grundsätzlich nicht in Parteien, sondern in Bewegungen, in Kollektiven statt. Meiner Meinung nach sollte sich das in Peru ändern. Hier sollte nicht nur die Politik der Parteien, sondern auch die der Bewegungen neu überdacht werden. Z.B. wie man Bewegungen in die formellere Sphäre der Politik einbezieht. Was können die Frauen noch machen, die im Vergleich zu vor 10 Jahren heute einen sehr starken feministischen Aktivismus praktizieren? Heute ist der feministische Aktivismus mächtig stark und ich glaube, das hat viel mit den Bewegungen #NiUnaMenos, #MeToo und den „grünen Halstüchern“ in Argentinien zu tun. Lateinamerika befindet sich in einem Moment wichtiger feministischer Gärung, aber wie gesagt, nicht innerhalb von Parteien. Sie sind ausgesprochen formalistisch und bürokratisch, was die Aktivist*innen abschreckt.

AB: In einem Interview verteidigst du die Entkriminalisierung der Abtreibung in Fällen von Kindervergewaltigung. Feministinnen vertreten, dass Frauen autonom entscheiden können, d.h. sie fordern die Entkriminalisierung der Abtreibung bei wenigen Ausnahmen. Wie stehst du dazu und kann dies heute so propagiert werden?

Rocio SS: Ich vertrete die Entkriminalisierung der Abtreibung in einem umfangreichen Maß. Allerdings muss ich als Parteimitglied die Position der Partei vertreten. Sie vertritt die Entkriminalisierung der Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung. Für mich ist das eine Minimalposition. Selbst deren Durchsetzung wird im aktuellen Parlament schwierig werden. Sowohl bei den Rechten als auch innerhalb der Linken gibt es die konservativen Sektoren. Im Parlament vertrete ich die Vereinbarungen, die wir innerhalb unserer Partei getroffen haben.

AB: Im neuen Parlament gibt es viele Kräfte, die gegen den Genderansatz anstürmen und alles tun werden, um ihn aus der Schulbildung zu verbannen. Siehst du im Rahmen der gegenwärtigen politischen Landschaft Verbündete im Parlament, den Genderansatz und die entsprechende Praxis zu verteidigen?

Rocio SS: Dazu müssen wir eine bessere Sichtung der gewählten Kongressabgeordneten durchführen. Wir sind mit dem Problem konfrontiert, dass viele Parteien in den Kongress gewählt wurden, die wir als „Surrogate“ bezeichnen. Sie verfügen über eine Wahlberechtigung und bieten oder verkaufen verschiedenen Personen die Kandidatur. Wir haben es deshalb mit einer heterogenen Gruppe von Menschen zu tun, die zu bestimmten Themen unterschiedlichste Ansichten haben. Gestern zum Beispiel zeigte ein Fernsehsender die Siegesfeier von Acción Popular in deren Lokal. Und wer hat die Erklärungen abgegeben? Vier ältere weiße Männer. Und völlig getrennt davon, tritt dann in einem anderen Fernsehsender eine junge dunkelhäutige Mestizin auf, die ihre Ideen sprachgewandt und überzeugend überbringt und die an zweiter Stelle auf der Liste derselben Partei kandidierte. Sie wanderte quasi alleingelassen als einzige Frau von Fernsehsender zu Fernsehsender und wurde weder als Erste, Zweite noch Dritte gehandelt. Was passiert da? Warum sind es diese weißen Herren, die sich in der Öffentlichkeit im Erfolg sonnen können?

Wenn Accion Popular sich mit Fuerza Popular und FREPAP, die sich bereits deutlich gegen den Genderstandpunkt positioniert haben, noch mit anderen Parteien verbünden, um den Genderansatz aus dem Lehrplan der Schulen zu streichen, werde ich mich auf die Hinterbeine stellen und sehr energisch werden. Zumal es auch in meiner Partei einige unklare Positionen gibt. Zuerst müssen wir pädagogisch vorgehen, die Parteilinie etwas absenken, um es in alten Begriffen auszudrücken, um den Schullehrplan zu verteidigen. Und wir werden uns mit den Morados und anderen Parteien in dieser Hinsicht verbünden müssen, die dasselbe Ziel verfolgen.

AB: Bei Fuerza Popular hatten wir es quasi mit einer weiblichen Mafia an der Spitze zu tun. Ihre oberste Führerin Keiko im Gefängnis und zahlreiche dazu gehörende weibliche Abgeordnete, die inzwischen zu anderen Parteien übergelaufen sind. Oft sind es sogar Frauen, die die Emanzipation von Frauen aggressiv angreifen. Welche Erklärungen gibt es dafür?

Rocio SS: Natürlich. Ich habe es schon unzählige Male gesagt: es geht nicht um einen Krieg der Geschlechter. Frauen sind nicht besser und verteidigen nicht immer die Rechte der Frauen. Das Problem ist das System des Patriarchats. Wir müssen verstehen, dass viele Frauen darin vollkommen funktional sind. Das peruanische ist ein machistisches, kolonialistisches, kapitalistisches und extraktivistisches Patriarchat. Es gibt zahlreiche Frauen, die da perfekt hineinpassen. Keiko Fujimori ist ein Beispiel für diese komplette Funktionalität. Mehr noch, sie setzt die politische Arbeit ihres Vaters fort. Wir Frauen, die wir uns dessen bewusst sind, müssen die Emanzipation hochhalten und Bewusstsein darüber schaffen, was männliche Herrschaft bedeutet. Es ist kein Kampf gegen euch Männer, sondern gegen das das Patriarchat. Patriarchat und Machismus fügen auch den Männern Schaden zu, weil es sie zu den gewalttätigen Wesen macht.

AB: Eine Frau zu sein bedeutet natürlich nicht, sich nur mit Aspekten rund um Gender befassen zu müssen. Du hast dich von jeher vielen anderen Themen gewidmet und deine

Ansichten dazu veröffentlicht. Weißt du schon, welches die Prioritäten deiner künftigen parlamentarischen Arbeit sein werden?

Rocio SS: Innerhalb der Partei haben wir uns schon darüber abgesprochen. Ein Thema, das mir sehr wichtig erscheint und das hoffentlich in dieser Legislaturperiode behandelt wird, ist ein Gesetz zum allgemeinen Landrecht. Damit soll sowohl nach wirtschaftlichen als auch ökologischen Kriterien entschieden werden, welche Zonen in unserem Land für den Abbau von Rohstoffen genutzt werden dürfen und welche nicht. Wir möchten die Quellgebiete und Wassersysteme schützen, die unser Leben gewährleisten. Dies durchzusetzen wird eine meiner konkreten Tätigkeiten werden. Ich positioniere mich klar gegen den Extraktivismus. Darunter verstehe ich nicht die Rohstoffgewinnung an sich, sondern die Förderung großer Mengen von Rohstoffen für den Export, wobei keine zusätzliche Wertschöpfung für das Land entsteht.

Wir müssen also sehen, welchen Zusatznutzen wir aus diesen Rohstoffen ziehen können, ohne dass wir weiterhin eine reine Vorratskammer für China und andere Länder bleiben, wie es im Moment der Fall ist. Unsere Rolle im Kontext der Weltwirtschaft zerstört unsere Ressourcen und wir schützen unsere eigene Bevölkerung nicht.

Außerdem bin ich eine Frau der Linken, die die Rechte der Arbeiter*innen verteidigt, die sie zu einem so hohen Preis erkämpft und für die sie so viel geopfert haben. Jetzt geht es darum, schon einmal erreichte und entzogene Rechte zurückzugewinnen. Eine Reihe von Regelungen zur Flexibilisierung von Investitionen schränken heute die Arbeitnehmerrechte ein. Für uns hat der Schutz der Arbeiterrechte Vorrang und ich habe ein besonderes Interesse daran, ein Gesetz zum Schutz von Hausangestellten durchzusetzen. Sie gehören mit zu den am stärksten ausgebeuteten Sektoren bei teilweise sklavenhalterischen Bedingungen.

Das sind meine Vorschläge, das ist meine Agenda. Sie ist viel weiter gefasst als das Thema Frauen und Gender. Für mich ist wichtig, dass die Kongressabgeordneten neben ihrer gesetzgeberischen und kontrollierenden Funktion auch für etwas stehen sollen. Deshalb werde ich mich in den nächsten anderthalb Jahren mit allen mir zu Verfügung stehenden Mitteln der Verbreitung unserer Ideen widmen. Unser Augenmerk darf nicht nur auf der Gewinnung von Wählerstimmen liegen, sondern auf der Basisarbeit zur Verbreitung unserer emanzipatorischen Ideen. Wir richten uns gegen eine Ideologie, die auf Hyperkonsum setzt und Menschen nur als individualistische und egoistische Konsumenten sieht. Dem müssen wir Alternativen wie eine solidarische und zivilgesellschaftliche Ökonomie der Bürger*innen entgegenstellen. Lasst uns selbst neu denken: Was ist das Ziel unseres Lebens? Geld zu verdienen, um uns ein Haus oder ein Auto zu kaufen, oder ist es nicht vielmehr glücklich zu sein?

AB: Ich danke dir sehr für das Gespräch und wünsche dir viel Erfolg bei deinen künftigen parlamentarischen wie außerparlamentarischen Tätigkeiten.

Andreas Baumgart



Der Piuray-See, Wasserreservoir für Cusco. Foto: Nuria Frey

4. Mehr Flugzeuge, mehr Tourismus, weniger Wasser...

was Tourist*innen wissen sollten, wenn sie Cusco besuchen.

Die Stadt Cusco, die im Deutschen der «Nabel der Welt» bedeutet, ist auf der ganzen Welt bekannt als die alte Hauptstadt des Inkareichs, das im 16. Jahrhundert nach der spanischen Eroberung bzw. Invasion unterging. Ebenso ist Cusco bekannt als Ausgangspunkt für eine Tour nach Machu Picchu, einer alten Inkaresidenz und dem wohl größten Tourist*innenmagnet Lateinamerikas. Jährlich kommen mehrere Millionen Tourist*innen nach Cusco, das im Ballungsraum nur knapp eine halbe Million Einwohner*innen zählt. Die Hauptsaison bewegt sich zwischen Mai und September, mitten in der Trockenzeit; doch mittlerweile besuchen das ganze Jahr über viele Tourist*innen die Andenmetropole.

Derartige Tourist*innenströme haben nicht nur einen Einfluss auf die Infrastruktur in und um Cusco, sondern auch auf historische Bauwerke wie Machu Picchu, das entgegen den Empfehlungen der UNESCO förmlich überrannt wird. Doch auch auf die Wasserversorgung und Abfallentsorgung der Stadt wirken sich die Tourist*innenströme aus. Der Abfall Cuscos wird in einer Deponie südlich der Stadt in den Bergen in einer mittlerweile überquellenden Mülldeponie eingelagert, an einem Ort, an dem Teile des Huatanay-Flusses entspringen. Seit einer Weile ist die Abfalldeponie schon an ihren Kapazitätsgrenzen. Die Anwohner*innen des Distrikts Ccorca, in dem die Deponie liegt, leiden an dem Gestank der Mülldeponie und der Gefahr von Infektionsherden, ebenso wie die Fauna und Flora und die Wasserquellen in der näheren Umgebung.

Eine enorm gewachsene Stadt und ein gewandeltes Klima

Der Ballungsraum Cusco ist in den vergangenen Jahren enorm gewachsen und zählt heute fast eine halbe Million Einwohner*innen. Das Wachstum ist einerseits zurückzuführen auf die Landflucht und die damit verbundenen ungeordneten Verstärkerungsprozesse. Der interne bewaffnete Konflikt von 1980 – 2000 trieb ebenfalls viele Personen vom Land in die Stadt. Neue Gründe für die Landflucht sind die immer schwieriger werdenden Bedingungen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aufgrund der klimatischen Veränderungen und der fehlenden staatlichen Subventionen, sowie die fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten. Auf dem Land ist oftmals nach der Primar- oder Sekundarschule Schluss.

Um die Wasserverfügbarkeit besser zu verstehen, muss man wissen, dass das Klima in den peruanischen Anden geprägt ist von einer Trocken- und einer Regenzeit. Die Regenzeit beginnt ungefähr im September und dauert bis Ende April und fällt mit dem Sommer zusammen, der in den Anden relativ kalt ausfällt. Die Trockenzeit und somit auch der Winter fallen auf die Monate Mai bis September. Zu Beginn der Regenzeit wird angepflanzt, Ende der Regenzeit geerntet. Vielerorts kann nicht bewässert werden, so dass der Ertrag der Ernte einzig von den Niederschlägen abhängt. Seit einigen Jahren ist das Klima in den Anden variabler geworden, nicht nur die Wissenschaft belegt dies. In bald jeder Gemeinde, welche ich besuchen konnte, wurde mir gesagt, dass das Klima anders geworden sei: variabelere Niederschlagsmengen über die ganze Regensaison verteilt, oftmals intensivere Regenfälle begleitet von Hagel, Trockenperioden oder Frost in der sommerlichen Regenzeit, welche dann die wachsenden Pflanzen beschädigen oder gar eingehen lassen.

Ein geschädigtes Ökosystem

Auch der Bergbau spielt eine immer größer werdende Rolle in den südlichen Anden rund um Cusco und beeinflusst die Wasserverfügbarkeit. Zahlreiche Landstriche in ganz Peru und insbesondere in den südlichen Anden stehen unter Konzession und werden früher oder später ausgebeutet werden. Südlich der Stadt Cusco hat sich in den letzten Jahren der «Corredor Minero Sur» gebildet, ein ganzer Landstrich, in dem Bergbau betrieben wird: die Mine Antapaccay in Espinar, Las Bambas in Apurímac und viele weitere Bergbaukonzessionen, welche kurz davorstehen, ausgebeutet zu werden. Bergbau trägt nicht nur zur Wasserverschmutzung bei, wenn Schutzmaßnahmen ungenügend implementiert und kontrolliert werden, sondern benötigt für den Betrieb der Bergwerke sehr große Wassermengen.

Die Stadt Cusco bezieht ihr Wasser aus zwei großen sowie ein paar kleineren Quellen. Die eine große Quelle ist der Piuraysee bei Chinchero, auf 3700 Meter über dem Meer und 30 km vor Cusco gelegen. Der andere große Anteil des Trinkwassers entstammt dem Vilcanota-/Urubamba-Fluss, der bei Sicuani, südöstlich von Cusco, entspringt und dann ins Heilige Tal mündet, an Machu

Picchu vorbeifließt und sich ins Amazonastiefland hinunterschlingt, bevor er in den Amazonas-Fluss mündet.

Das enorme Städtewachstum in Cusco blieb nicht ohne Folgen auf die Wasserversorgung für die Einwohner*innen von Chinchero, einer indigenen Kleinstadt. Stetig wurde mehr Wasser entnommen – heute sind es mit 300 Liter pro Sekunde eine beträchtliche Menge für einen See von gut zwei Quadratkilometer Fläche. In der Folge sank der Seespiegel, an mehreren Stellen rutschte landwirtschaftlich genutztes Gemeindeland in den See. Die betroffenen Bäuerinnen und Bauern forderten daraufhin eine finanzielle Entschädigung; die Bevölkerung rund um den Piuraysee begann sich zu organisieren. Nach fast 20 Jahren geprägt von Verhandlungen und Protestmärschen gelang es schließlich im Jahr 2013, einen Entschädigungsmechanismus auszuhandeln. Seither bezahlen die Bewohner*innen Cuscos eine Wassersteuer, welche in Ökosystem-Schutzprojekte in den Bergen rund um den Piuraysee zurückfließt. Jedoch sind viele Ökosysteme in den Anden oberhalb von 4.000 Metern geschädigt. Diese Landstriche sind sehr sensibel und wichtig für den Wasserhaushalt, denn hier sollte das Wasser im großen Stil in den Boden sickern, um später und weiter unten Quellen und Bäche zu speisen. Durch massive Überweidung in der Vergangenheit, die dadurch erfolgte Erosion und durch das großflächige Anpflanzen des Eukalyptusbaumes, der in den 1980-er und 1990-er Jahren gefördert wurde, ist dieses Gleichgewicht aus dem Ruder geraten. Eukalyptusbäume haben viele, vor allem wirtschaftliche, Vorteile. Werden sie jedoch zu nahe an Wasserquellen oder in ökologisch sensiblen Zonen gepflanzt, hinterlässt ihr enormer Wasserkonsum negative Folgen, ein Umstand, der noch nicht so lange bekannt und anerkannt ist. Der entsprechende Schutz der hochandinen Ökosysteme, damit diese langfristig ausreichend Wasser speichern und abgeben, ist eine Mammutaufgabe.

Ein neuer Flughafen könnte die Wasserversorgung negativ beeinflussen

Zur Problematik hinzu kommt in Chinchero der Bau des neuen internationalen Flughafens von Cusco, der sehr nahe an den Piuraysee gebaut wird. Vergangenes Jahr war er mehrfach in den internationalen Medien, unter anderem wegen seiner Nähe zu Machu Picchu. Auch wenn schon mit dem Bau des Flughafens begonnen wurde, sind bis heute zahlreiche Fragen nicht beantwortet: die Eignung der meteorologischen Verhältnisse für Starts und Landungen der Flugzeuge; die Unklarheit über das wahrscheinliche Vorhandensein von archäologischen Überresten; oder eben auch, welchen Effekt er für die Wasserversorgung für den Piuraysee, Chinchero und die Stadt Cusco haben wird. Unter dem Motto der Entwicklung, welche der Flughafen für die Region und insbesondere Chinchero bringen wird, wurde das Projekt vorangetrieben. Massive Grundstücksspekulationen, ungeplante und ungeordnete Urbanisierungsprozesse und das chaotische Ansiedeln neuer Tourismusanbieter waren und sind nach wie vor die Folge. Für den Bau des Flughafens erhielten die Bauherren eine Lizenz zur Wasserentnahme aus einem kleinen See neben dem Piuraysee. Der diente der lokalen Bevölkerung für ihre landwirtschaftlichen

Aktivitäten, welche nun die Auswirkungen der abnehmenden Wassermengen zu spüren bekommen. Unbekannt ist auch die Auswirkung des fertigen Flughafens auf das darunterliegende Feuchtgebiet, das sich mit Grundwasser aus einem großen unterirdischen System speist, welches zusammen mit dem Piuraysee und weiteren Seen verbunden ist. Ohne detaillierte Umweltstudie kann also nicht abgeschätzt werden, wie es wassertechnisch für Chinchero, aber auch für die Stadt Cusco aussehen wird.

Ausangate: Schutzgebiet mit Bergbau

Die andere wichtige Wasserquelle für Cusco aus dem Vilcanotafluss wird von der Bergregion zwischen Cusco und La Raya hinter Sicuani – auf der Strecke Richtung Puno – gespeist. Die Region Ausangate mit ihren zahlreichen Seen und dem für die Bevölkerung wichtigen Berggott Ausangate ist ein wichtiger Teil davon. Nach zehnjährigem Prozedere wurde vergangenen Dezember der Regionale Schutzpark Ausangate deklariert. In der Zwischenzeit wurden jedoch rund um den Ausangate mehrere Bergbaukonzessionen vergeben, die nötigen Formalitäten verliefen viel schneller, als jene zur Deklaration des Schutzparks. Gemäß der zugehörigen Verordnung des Parks sollen zuvor erteilte Konzessionen nicht widerrufen werden. Derzeit wurde noch kein Bergwerk eröffnet, aber dies dürfte eine Frage der Zeit und der globalen Börsenkurse sein. Bergbau in derart sensiblen Landschaftszonen ist an und für sich schon heikel, doch wenn er im Perimeter einer wichtigen Wasserquelle betrieben wird, steigt die Gefahr einer massiven und permanenten Verschmutzung des Wassers nochmals deutlich an.

Es stellen sich uns also große Fragen, ob die Stadt Cusco und auch die umliegenden ländlichen Gemeinden in ein paar Jahren bis Jahrzehnten noch ausreichend und vor allem qualitativ vertretbares Wasser zur Verfügung haben werden, oder wo gegebenenfalls weitere Wasserquellen in großem Stil erschlossen werden könnten. Und auch wie es weitergehen wird mit dem Tourismus, der jedes Jahr markant wächst in der Region Cusco und noch markanter wachsen würde im Falle einer Fertigstellung des neuen Flughafens. Der Hauptanteil der Tourist*innen verbringt seine Ferien in der Trockenzeit in Cusco und ist sich wohl des Problems nicht bewusst. Es steht uns viel Arbeit bevor seitens der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen, um Tourist*innen und Bewohner*innen über die Problematik und Problem-Verkettung aufzuklären, und den Staat dazu zu bringen, dass er der Wasserverfügbarkeit und -sicherheit Vorrang gibt vor Bergbau- und Grossinfrastrukturprojekten.

Nuria Frey

Nuria Frey ist Geographin aus der Schweiz und arbeitet seit mehr als zwei Jahren als Fachperson von COMUNDO in Cusco im Umweltbereich in einer lokalen Nichtregierungsorganisation.



Foto: IDL/Rosario Hurtado

5. „Mit meiner Zukunft spielt man nicht“

Am 10. Dezember 2019 haben acht Kinder in Peru Anklage gegen den peruanischen Staat erhoben, weil die Abholzung des Amazonas-Regenwalds rasant zunimmt und der peruanische Staat keine Gegenmaßnahmen unternimmt, um diese Zerstörung zu stoppen. Dies sei die Hauptquelle von klimaschädlichen Emissionen in Peru. Mit seinem Verhalten verletze der peruanische Staat unmittelbar ihr Recht auf Wasser und auf eine gesunde Umwelt, so die Kinder in der Begründung ihrer Klage. Ihr Grundrecht auf Leben und Gesundheit sei bedroht. Denn die Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigen das Leben und die Zukunft aller, besonders aber der Kinder. Jedes Jahr werden in Peru 150.000 Hektar Regenwald illegal abgeholzt.

Angeklagt sind der Präsident, der Präsident des Ministerrates, die Ministerin für Umwelt und die Minister für Landwirtschaft und Bewässerung sowie für Energie und Bergbau, außerdem die Regionalgouverneure von Loreto, Ucayali, Amazonas, Madre de Dios und San Martín.

„Wir Kinder werden am stärksten betroffen sein von den Auswirkungen des Klimawandels, die jetzt schon zu spüren sind. Peru hat einen Umweltplan, der nicht eingehalten wird. Die Regierung und die Regierenden unternehmen nichts, um die Abholzungen im peruanischen Amazonasgebiet zu bremsen. Peru hat 2015 das Pariser Klima-Abkommen 2015 unterzeichnet und muss es auch einhalten und umsetzen“, betont Amaru Álvarez, eines der acht Kinder, die die Klage eingereicht haben.

Ihre Kampagne haben die Kinder unter den Slogan „Mit meiner Zukunft spielt man nicht“ gestellt.

Die Klage der sieben Kinder wird vom Instituto de Defensa Legal (IDL) und der Umweltorganisation Kené unterstützt.

Die Infostelle Peru hat auf dem Ökumenischen Strategietag der Kirchen am 23. Januar in Stuttgart mit einer Stelltafel über die Klage der Kinder informiert und dabei viel Zuspruch und Solidarität erhalten.

So konnten wir einige Solidaritätsfotos aufnehmen und den klagenden Kindern schicken, u.a. mit Andrea Schwarz, der entwicklungspolitischen Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen im baden-württembergischen Landtag.

Elena Muguruza und Annette Brox

Original Meldung in Spanisch: <https://idl.org.pe/ninos-presentan-demanda-de-amparo-ambiental-contra-el-estado-peruano/>



Foto: Barbara Fraser

6. Neue ISP-Publikation: Reportagen aus dem Regenwald

Im letzten Jahr war unsere Redakteurin Hildegard Willer an verschiedenen Orten im peruanischen Regenwald unterwegs und hat davon vielfältige Reportagen und Portraits mitgebracht.

Wir haben die Texte und Fotos von diesen Reisen in einer pdf-Broschüre zusammengefasst. Hier kann man sie herunterladen [Zwischen Gold und Klimawandel feb2020](#).



Foto: De Macky00 - Trabajo propio, CC BY-SA 4.0.

7. Marca Perú: Die andere Seite der Single Story

Die peruanische Regierung verkauft ihr Land an ausländische Touristen als „das reichste der Welt“. Eine Provokation, ja – aber die Marketingkampagne kann auch eine Chance sein, glaubt Jan Doria.

}(Aquí pueden leer [la versión en castellano de este artículo](#))

Was wissen Sie über Perú? Die Mehrheit der Leser*innen von InfoPerú kennt dieses weit (von Deutschland) entfernte Land gut. Denn es ist das, was uns vereint und verbindet, trotz aller Distanzen und Differenzen. Man sollte aber nicht vergessen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf diese Frage mit kaum mehr als „Machu Picchu“ antworten würde. Es gibt Leute, die glauben, dass Lima in den Anden liegt, weil die Anden das einzige sind, was sie von Südamerika kennen, und das einzige Mal im Jahr, wenn dieser Kontinent in den deutschen Nachrichten auftaucht, ist, wenn irgendeine Art von Katastrophe eintritt: sei sie natürlicher Art, wie die Waldbrände im Amazonas im vergangenen Jahr (auch wenn nur die wenigsten überhaupt bemerkt haben werden, dass der Amazonasurwald über die Grenzen Brasiliens hinausreicht). Oder menschlicher Art, wie jene Politiker namens Fujimori, García, und wie sie noch alle heißen.

Die nigerianische Intellektuelle Chimamanda Ngozi Adichie nennt diese Ungleichheit des globalen Wissens über die Nationen eine „[Single Story](#)“. Die peruanische Regierung wurde sich ihrer schon vor einigen Jahren bewusst und schuf deshalb im Jahre 2011 die „Marke Peru“ sowie Promperú, die Regierungsinstitution, die beauftragt ist, sie zu verkaufen. Die Marke wurde so bekannt, dass der Reisende heute ihr Logo sogar auf der Vorderseite der Ein-Sol-Münzen (wieder)findet, und auf

der Rückseite gibt es Abbildungen der Fauna, der Flora und der Architektur des Landes. „Nein, ich kann noch nicht wieder abreisen, mir fehlt noch Machu Picchu...“

Die neueste Variante dieser Marke ist die Kampagne „Peru, das reichste Land der Welt“. Gelauncht im Jahre 2017 auf einer Tourismusmesse in London und vor kurzem gerelauncht in Madrid, begrüßt uns auf ihrer [Kampagnenwebsite](#) ein Werbespot, der – nicht ohne Arroganz – als „Manifest“ bezeichnet wird und verkündet: „Heute, so heißt es, wird Reichtum nicht an Besitz, sondern an unvergesslichen Momenten gemessen. Momente, die man nur in einem Land erleben kann, nämlich in Peru“. Wer's glaubt, wird selig.

Es fehlt nicht an Stimmen, die das peruanische Nation Branding kritisierten. Der Wissenschaftler Elder Cuevas Calderón nannte es schon im Jahr 2016 ein „Make-Up“: „Es ändert nichts, aber schau, was es bringt!“. Es fällt außerdem auf, dass in den Videos, die das „reichste Land der Welt“ vorstellen, kaum Peruaner*innen selbst auftauchen, am allerwenigsten Indigene – offensichtlich, weil sie nicht reich sind; sie könnten ja das Bild herausfordern, das man da verkaufen will. Und wen interessieren schon Indigene, wenn es auch Tourist*innen gibt?

Auch ist da das berühmte Video „[Perú, Nebraska](#)“, mit dem die neue Marke 2011 eingeführt wurde. Eine Gruppe Peruaner*innen, darunter der Koch Gastón Acurio, „erobert“ die Vereinigten Staaten, das Land von McDonald's, um ihnen zu verkünden, dass sie ein „Recht auf gutes Essen“ haben – ohne zu erwähnen, dass die eigenen Landsleute daheim nach wie vor auf den Tag warten, an dem die Regierung all jene Rechte gewährleisten mag, die sie versprochen hat.

Was sehr wohl fehlt, ist eine positive Sicht auf die Bemühungen der Regierung. Denn die Absicht war ebenjene: „Die Klischees und Stereotypen in den globalen Medien und in der öffentlichen Meinung, darunter die Armut, die Instabilität, die Naturkatastrophen und all diese schlechten Nachrichten, herauszufordern“. Man wollte „das Nationalbewusstsein stärken“, wie Félix Lossio Chávez, ein weiterer Forscher, notierte. Es galt also, die Single Stories herauszufordern, die über das Land im Umlauf waren, so kann man das in den Worten Adichies zusammenfassen. Dies geschah mit Erfolg: die peruweite Zustimmung zur Landesmarke liegt bei 82 Prozent, wenn man [Promperú](#) glaubt .

Und darin liegt nichts Schlechtes. Ganz im Gegenteil, es geht darum, [auf das Eigene zu setzen](#), zu identifizieren, was das spezifisch Peruanische ausmacht, „worauf man als Latina/o stolz sein kann“. Um das zu erreichen, scheint die Regierung sich für die Gastronomie entschieden zu haben. Die Rede ist von einer Politik der „Gastrodiplomatie“, welche „die Präsenz Perus auf internationaler Ebene vergrößern soll“, wie es im [Plan zur auswärtigen Kulturpolitik Perus](#) heißt. Und man sollte nicht vergessen, dass Gastón Acurio, als er diese Idee erstmals in einer [Rede an der Universidad del Pacífico](#) in Lima in die öffentliche Debatte einführte, dies tat, um Chancen für sein Land zu schaffen: „Geht nicht raus aus Peru. Hier sind die Chancen, hier ist der Reichtum, hier hat das Leben einen Sinn“, bat er die dort anwesenden Student*innen. Und es ist nicht so, dass er Unrecht hätte, dass Peru unter dem Braindrain leidet, aber auch, dass die Gastronomie Arbeitsplätze für

tausende Jugendliche schuf und schafft, vor allem aus sozial schwächeren Schichten. Wie wir aus dem McDonald's-Fall in Lima gelernt haben – eine 18-jährige Arbeiterin einer McDonald's-Filiale und ihr Kollege starben an einem Stromschlag – fehlt es jedoch noch an einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem Sektor, und hierin spiegelt sich vielleicht die wahre Tragik des peruanischen Nation Brandings wieder.

Trotzdem: Es ist Zeit, auch von der anderen Seite der Single Story zu reden, denn beide sind unvollständig: die eines Landes, gezeichnet von Katastrophen, und die des „reichsten Landes der Welt“. Ein Land zu verkaufen ist jedoch nicht das Gleiche, wie Cola zu verkaufen: die Cola muss nicht partizipieren an der Erstellung ihrer Marketingkampagnen. Die Bevölkerung eines Landes dagegen schon. Der Kampagne „das reichste Land der Welt“ mangelt es nicht an guten Absichten, aber an demokratischer Legitimation. Schade, dass sie von einer ausländischen Agentur geschaffen wurde, [Future Brand](#) aus den USA. Wenn die Marketingexpert*innen dieser globalen Elite den Mut gehabt hätten, sich von ihren luftigen Höhen auf das Niveau der peruanischen Anden herab zu begeben, dann wäre vielleicht eine etwas realistischere Kampagne entstanden. Die Chance jedoch, dies in der Zukunft noch zu tun, die bleibt.

Jan Doria studiert Unternehmenskommunikation in der Hochschule der Medien Stuttgart. Im Wintersemester 2019/20 schrieb er eine Hausarbeit über das peruanische Nation Branding.



Foto: Tom Quiroz/Casa de la Literatura Peruana

8. Das Recht, von dem zu leben, was man gerne tut

Ein Interview mit der peruanischen Schriftstellerin Teresa Ruiz Rosas.

Teresa Ruiz Rosas ist keine Person, die man übersieht. Mit ihrer langen Lockenmähne, dem Muttermal über der rechten Lippe und vor allem ihrem herzlichen, immer etwas heiser klingenden, Lachen fällt sie auf. Die gebürtige Arequipeña hat sich in den letzten Jahren als eine der bedeutendsten peruanischen Romanautor*innen etabliert. Unter anderem hat sie die Romane „Nada que declarar“ und „Estación Delirio“ veröffentlicht. Teresa Ruiz Rosas lebt seit 30 Jahren in Deutschland und ist auch als Literaturübersetzerin tätig. U.a. hat sie W.G.Sebal, Botho Strauss, Fred Wander, Soma Morgenstern und Rose Ausländer ins Spanische übersetzt. Und aus dem Ungarischen Milán Füst und András Forgach.

Infostelle: Du lebst nun seit 30 Jahren in Deutschland. Wie kam es dazu ?

Teresa Ruiz Rosas (TRR): Ich komme aus Arequipa und habe dort die peruanisch-deutsche Schule besucht. Zum ersten Mal war ich 1977 in Deutschland, 2 Wochen im damaligen Ost-Berlin, als ich in Budapest lebte, dann 4 Wochen in Stuttgart. Danach habe ich in 5 Jahre in Spanien gelebt, und wurde, wieder zurück in Arequipa, Leiterin des Deutsch-Peruanischen Kulturinstitutes. 1986 ging ich mit einem Stipendium dann nach Freiburg, dann war ich wieder 2 Jahre in Arequipa, und seit dem Mauerfall lebe ich in Deutschland. Es hat sich so ergeben. 1998 bin ich von Freiburg nach Köln gezogen, weil ich einen Auftrag bei der Deutschen Welle bekam. Als der Sender dann nach Berlin ging, bin ich in Köln geblieben. Dort lebe ich als freie Schriftstellerin und Literaturübersetzerin und war auch Dozentin für Spanisch an der Uni.

Infostelle: Ist das nicht schwierig, einerseits seit Jahren in Deutschland zu leben, aber in Spanisch für eine spanischsprechende Leserschaft zu schreiben ?

TRR: Ich habe mich nie als Schriftstellerin auf eine Nationalität fixiert. Eine meiner ersten Kurzgeschichten spielt zum Beispiel in Island, und ich bin bis heute nicht dort gewesen. Wenn ich in Peru bin, dann genieße ich es natürlich, an der Literaturszene ein bisschen teilzunehmen, und vor allem mit vielen Menschen Gespräche zu führen. In Deutschland finde ich mehr Ruhe zum Schreiben. Dort sitze ich nicht mehr so lange in Cafes, ich möchte wenig Ablenkung. Man sitzt unzählige Stunden am Schreibtisch, um einen Roman zu schreiben. Lima, Arequipa, sind einerseits herrlich, weil ich so viele Leute auch von früher kenne, aber das soziale Leben dort lässt mir kaum Zeit zum Schreiben, wahrscheinlich weil ich sozusagen zu Besuch bin. Die nötige Ruhe finde ich vielmehr in Deutschland.

Infostelle: Wie findest Du die Themen für Deine Romane?

TRR: Die Idee für meinen neuesten Roman „Estación Delirio“ bekam ich von einer deutschen Freundin, die ich in meiner Jugend in Arequipa kennengelernt hatte und die mir später erzählte, wie sie als Sekretärin einer psychiatrischen Klinik in Stuttgart arbeitete, und auf Geheiß ihres Psychiaters alle psychisch kranken Patientinnen der Anstalt freilassen und vom Stuttgarter Hauptbahnhof jeweils nach Hause schicken musste. Als ich die Geschichte hörte, wusste ich, dass ich darüber schreiben würde. Nur hat es 30 Jahre gedauert. Ich habe die Vita des realen

Psychiaters, der das Vorbild für das Buch lieferte, für meinen Roman gründlich recherchiert. Eine Psychiaterin in den USA hat das Manuskript gegengelesen, ob die Details aller Krankheiten auch stimmen, denn ich habe den Patientinnen auch jeweils eine Geschichte erfunden.

Auf mein Buch „Nada de declarar“ , das den Frauenhandel zum Thema hat, kam ich, als ich in Düsseldorf Prostituierte hinter Fenstern sah, die sich wie nummerierte Puppen anboten. An sich hat mich das Thema Prostitution immer interessiert, diese Entwürdigung der Frau fand ich schrecklich und traurig zugleich. Ich habe mich in Zürich bei der FIZ, der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, bei einer Psychologin ausführlich informiert, dann von der FIZ regelmäßig Materialien bekommen. In Lima habe ich mit der Psychologin Andrea Querol lange in ihrem Büro der NGO „CHS Alternativo“ gesprochen und auch wertvolle Publikationen von ihr bekommen, habe mehrere Artikel von Alice Schwarzer gelesen, Fernsehsendungen zum Thema geschaut, Bücher gelesen. Es gibt mehrere Parallelgeschichten in diesem Roman, die haben wiederum andere Ursprünge, aber es ist insgesamt eine Fiktion.

Infostelle: Du besuchst Peru zwar ein oder zweimal im Jahr, aber dennoch ist Dein Blick auf Peru auch einer von außen. Welches Bild hast Du von Peru heute ?

TRR: Zuerst einmal ist das Land extrem gewachsen. Arequipa hatte 200 000 Einwohner, als ich wegging, heute hat es fast fünf mal so viele. Zur politischen Situation, was soll ich da sagen? Es gab so viele Möglichkeiten, groß in die Geschichte einzugehen. Und alle haben es in den Sand gesetzt, anstatt sich um die Erziehung und das Gesundheitssystem gründlich zu kümmern, das sind nach wie vor die Prioritäten. Das macht mich sehr traurig.

Die Firma Odebrecht ist für mich heute die Verkörperung des Teufels auf Erden. Jedes Projekt, jede Regierung, die vielversprechend angefangen hatte, wurde von ihr wie in einem Alptraum-Märchen korrumpiert.

Infostelle: Woher kommt Deiner Meinung nach diese tief verwurzelte Korruption in der peruanischen Gesellschaft ?

TRR: Mein Vater (der bekannte peruanische Dichter Jose Ruiz Rosas, d.Red.) hat uns immer davor gewarnt, dass leider dieser Spruch zu sehr verbreitet wäre: „Der Reiche lebt vom Armen, und der Arme von seiner Arbeit.“ So gilt in Peru jemand, der sich schnell bereichert, als erfolgreich und klug, einer der es geschafft hat. Genauso übrigens, wie in einer der Charakter-Satiren von Elias Canetti in seiner großartigen Sammlung Der Ohrenzeuge zu lesen ist, keine peruanische Spezialität also. Solche Ansichten habe ich schon als Schülerin in Arequipa gehört, selbst unter den Kommilitonen der peruanisch-deutschen Schule, leider. Sich rasch zu bereichern, ganz egal wie, war das richtige Ziel im Leben, bloß kein Looser werden. Wer dagegen hart arbeitet, gilt als blöd, die Ausbeutung der Schwächeren ist das Intelligente. Ich habe mich von diesen Aussagen dank der Ethik meines Elternhauses immer distanziert, aber sie existieren in unserer Gesellschaft und zwar tief verankert und quer durch alle Schichten.

Dazu kommt der Einfluss der USA, mit dem Märchen vom Self-Made-Millionär, dass es nur darum geht, schwerreich zu werden, und mit welchen Mitteln spielt wiederum keine Rolle. Ein Modell, dass leider weltweit immer wieder Echo gefunden hat, auch bei Gesellschaften, die ursprünglich dagegen gekämpft hatten.

Infostelle: Die Infostelle ist ja ein Netzwerk von deutschen Solidaritätsgruppen mit Peru. Aber braucht es diese Solidarität heute überhaupt noch?

TRR: Das würde ich differenziert betrachten. Wenn ich zum Beispiel an die Mitarbeitenden der GIZ (damals GTZ) denke, die damals nach Peru kamen und 15 mal mehr verdienten als die ebenso qualifizierten einheimischen Mitarbeitenden, dann finde ich das problematisch. Diese Ungleichbehandlung führt eher zu Konflikten.

Bei der Solidarität von Menschenrechtsgruppen ist es anders. Da geht es um eine Einstellung zum Leben, die geteilt wird. Diese Art von Solidarität finde ich sehr wichtig. Aber sie darf nicht in Paternalismus verfallen, dergestalt, dass die Deutschen den Peruaner*innen alles schenken, und nicht den Peruaner*innen etwas beibringen, damit sie sich nachhaltig und langfristig selber helfen können. Kurios ist allerdings, dass in Deutschland der Begriff Klassengesellschaft wieder aktuell ist. Das heißt, dass sich die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten nicht nur in Peru, sondern auch in Deutschland verstärken.

Infostelle: Was ist für Dich das Beste aus beiden Welten, der peruanischen und der deutschen?

TRR: Ich bin ein sehr optimistischer Mensch, und in Peru finde ich eine Lebensfreude, die ich hier in Köln fast nur während des Karnevals erlebe. Diese Fähigkeit, sich trotz aller Widrigkeiten wohl zu fühlen, gefällt mir in Peru. Das Beste an Deutschland ist für mich die Zuverlässigkeit, man weiß, dass die Menschen in Deutschland oft das meinen, was sie sagen, deshalb funktionieren auch meistens die Dinge.

Infostelle: Was sind Deine nächsten Projekte ?

TRR: Ich arbeite an einem neuen Roman. Mehr will ich darüber noch nicht verraten. Auch ein neues Übersetzungsprojekt steht an. Ich habe das Glück, dass ich mich mit literarischen Übersetzungen und den Romanen über Wasser halten kann. Der Preis, das zu tun, was mir gefällt, ist hoch, aber es ist wichtig, diese Entscheidung getroffen zu haben. Ich denke auch nicht an die Rente, sondern möchte möglichst lange schriftstellerisch tätig sein. Es sollte ein Menschenrecht sein, dass man von dem leben darf, was man gerne tut.

Ich habe in meinem Leben vieles gesehen, habe auch viele Fehler gemacht. Aber ich habe heute nicht das Gefühl, irgendetwas verpasst oder nicht gelebt zu haben. Ich muss nichts mehr nachholen und kann mich aufs Schreiben konzentrieren.

Hildegard Willer



Foto: Hildegard Willer

9. Peru nicht sicher für Menschenrechtsverteidiger

Das Urteil des UN-Sonderberichterstatters zur Situation der Menschenrechtsverteidiger*innen in Peru fällt überaus kritisch aus.

Zwei Wochen lang waren Michel Forst, der UN-Sonderberichterstatter für die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen, und sein Team in Lima, Cajamarca, Piura, Cusco, Ucayali und Madre de Dios unterwegs. Sie haben mit Regierungsvertreter*innen, Unternehmer*innen und vor allem mit ca. 450 Menschenrechtsverteidiger*innen gesprochen.

Ihr Urteil am Ende der Mission ist ernüchternd und alles andere als freundlich für den peruanischen Staat. Vor allem Menschen, die die Umwelt und das Recht auf ihr angestammtes Land verteidigen, seien vielfältigen Risiken ausgesetzt. Dazu gehören die Stigmatisierung, Kriminalisierung und der Missbrauch des Justizwesens, um die Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltschützer*innen mit Klagen zu überziehen.

Auch Menschen, die das Recht auf freie Ausübung ihrer Sexualität (LGBTI-Rechte) verteidigen, seien diesen Angriffen ausgesetzt.

Grund für die Schutzlosigkeit gerade der ländlichen indigenen Gemeinden sei das Fehlen einer effektiven Vorabkonsultation, die Korruption und die Rolle informeller und krimineller Akteure.

Geschockt zeigte sich Michel Forst auch, als ihm bei einem Treffen mit dem Unternehmenssektor ein Video gezeigt wurde, in dem die Menschenrechtsverteidiger*innen als Terroristen und Entwicklungsverweigerer bezeichnet worden sind.

Der Sonderberichterstatter beglückwünscht zwar die peruanische Regierung – die ihn selber eingeladen hat – dazu, dass sie den Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen in den Nationalen Menschenrechtsplan aufgenommen hat. Er macht aber auch klar, dass in Peru noch vieles fehlt, damit die Menschenrechts- und Umweltschützer*innen ihr Engagement in Sicherheit ausüben können.

Dazu hat Michel Forst Empfehlungen an die peruanische Regierung formuliert, zu denen u.a. die Durchführung der Vorabkonsultation, die Titulierung indigenen Gemeinschaftslandes und die Sanierung alter Umweltschäden gehören.

Der vorläufige Bericht des Sonderberichterstatters kann hier in spanischer und englischer Sprache [heruntergeladen werden](#).

Hildegard Willer



Foto: Andina

10. Peru weist venezolanische Flüchtlinge zurück

Seit 2017 war Peru eines der beliebtesten Länder für venezolanische Migrant*innen. Dies ändert sich nun rasant. Fremdenfeindlichkeit und restriktive Migrationspolitik prägen Peru heute.

Der 44-jährige Alberto war im Oktober 2019 in Caracas aufgebrochen. Der zweifache Familienvater konnte mit seinem Gehalt als Maschinist seine Familie nicht mehr ernähren. Nachdem er auf der peruanischen Botschaft in Caracas das notwendige humanitäre Visum erhalten hatte, machte er sich mit Bus auf den Weg. An der Grenze zu Ecuador stempelte der Grenzbeamte seinen Pass nicht. Als er nach Peru einreisen wollte, wurde er von den Peruanern zurückgewiesen, weil ihm der ecuadorianische Stempel fehlte. Seitdem lebt er im Niemandsland zwischen Ecuador und Peru.

Das Schicksal von Alberto ist eines von vielen, das Amnesty International Peru, in seinem neuesten Bericht [„Buscando refugio. Perú da la espalda a los venezolanos que buscan refugio“](#), darlegt.

Peru hat mit immer neuen Vorschriften dafür gesorgt, dass nur noch 13% derjenigen, die an der ecuadorianisch-peruanischen Grenze Asyl (im spanischen „refugio“) beantragen, überhaupt ins Land können und sich um Asyl bewerben können. Dies ist eine 180-Grad-Wendung in der peruanischen Migrationspolitik.

Noch Anfang 2018 verkündete der damalige peruanische Präsident Pedro Pablo Kuczynski, dass alle Venezolaner*innen in Peru willkommen seien und legale Arbeitsplätze bekommen würden. Peru führte ein Sonder-Arbeitsvisum für Venezolaner*innen ein. Dieses wurde bereits ein Jahr später zurückgenommen. Stattdessen hatten die Venezolaner*innen nun die Möglichkeit, an der Grenze Asyl zu beantragen, und konnten mit dieser Bestätigung in Peru arbeiten. „Peru wird niemanden abweisen, der Schutz sucht“, sagte der damalige Asyl-Koordinator des Außenministeriums.

Davon ist heute nichts mehr zu spüren.

Zuerst einmal die Zahlen: Peru ist mit ca 850 000 Venezolaner*innen nach Kolumbien das Land mit der höchsten Zahl an venezolanischen Migrant*innen. Von diesen 850 000 Venezolaner*innen in Peru befinden sich 377 047 Personen im Asylverfahren. Peru ist damit das Land mit der größten Zahl an venezolanischen Asylsuchenden. Erst rund 1000 Venezolaner*innen seien in Peru als Asylberechtigte anerkannt worden, so Martina Navarro von Amnesty International.

Das peruanische Asylsystem – dem Außenministerium angegliedert – ist unter dieser Last nach kurzer Zeit zusammengebrochen. Zum Vergleich: bis zur Ankunft der Venezolaner*innen wurden die Interviews für die wenigen Asylanträge in der Cafeteria des Außenministeriums gemacht. Momentan hat das Büro der Asylbehörde in Lima wegen Überlastung geschlossen, bis sie ein größeres Gebäude findet.

Gleichzeitig hat sich die Einstellung der Peruaner*innen zu den Migrant*innen drastisch geändert. Überwog anfangs die Solidarität – auch im Gedenken an die eigenen Migrationserfahrungen – Peru war und ist bis heute ein Auswanderungsland – , so dominiert heute die Ablehnung. [In einer](#)

[Umfrage der Katholischen Universität Perus](#) vom Februar 2019 gaben 75% der Befragten an, dass der peruanische Staat drastische Maßnahmen einleiten soll, um die Migration zu beschränken. Umgekehrt [gaben 62% der Venezolaner*innen in einer Umfrage des UNHCR an](#), in Peru diskriminiert worden zu sein.

Amnesty International und auch die Migrationsforscherin Feline Freier kritisieren die neue Abwehrpolitik der peruanischen Regierung. „Es ist unmöglich, alle Grenzen zu kontrollieren“, so Feline Freier von der Universidad del Pacifico. „In der Folge kommen heute 200 – 300 Venezolaner*innen illegal ins Land und sind Ausbeutung, Frauenhandel und Missbrauch ausgesetzt.“

Der peruanische Arbeitsmarkt ist von Informalität geprägt, rund 70% der peruanischen Beschäftigten arbeiten informal, illegal oder als Solo-Selbständige ohne jegliche Sozialleistungen. Viele Venezolaner*innen finden hier Unterschlupf, werden aber auch dramatisch ausgebeutet. Peru ist heute kein Traumland mehr für Venezolaner*innen. „Die Mehrzahl der Venezolaner*innen würde Peru sofort verlassen, wenn es in Venezuela wieder besser ginge“, sagte die venezolanische Journalistin Mirelis Morales.

Hildegard Willer

11. Kurz gemeldet – Februar 2020

Positives, Ermutigendes und Kurioses aus Peru.

Klimarahmengesetz verabschiedet

Am 1. Januar trat das „Rahmengesetz zum Klimawandel“ in Kraft. Das Gesetz wurde mit Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet, wie es indigene Organisationen, allen voran der Dachverband AIDSESEP, gefordert hatten. Das Gesetz hat zum Ziel, „die Situation der Verletzlichkeit des Landes angesichts des Klimawandels zu reduzieren und Entwicklungsmöglichkeiten mit geringer CO₂-Belastung zu nutzen“. Außerdem verpflichtet sich der Staat, internationale Vereinbarungen der Vereinten Nationen über den Klimawandel einzuhalten.

Alphabet der indigene Sprachen

Das Bildungsministerium hat ein Alphabet für jede der 48 in Peru existierenden ursprünglichen Sprachen etabliert. 43 sind bereits offiziell anerkannt, die übrigen fünf noch im Verfahren. Seit 2017 wurden die letzten 13 noch fehlenden Alphabete etabliert. Sie gehören zu den Sprachen Yaminahua, Kawki, Ticuna, Nahua, Iskonawa, Matsigenka u.a. Diese Initiative brachte Mitglieder der indigenen Völker zusammen, die aus diesem Anlass über die Aussprache ihrer Sprachen reflektierten und ein gemeinsames Alphabet entwickelten.

Die Politik des freien Marktes schadet den Kleinbauern und -bäuerinnen

Clímaco Cárdenas, Präsident von CONVEAGRO (Convención Nacional del Agro Peruano, ein zivilgesellschaftliches Dialogforum zur Landwirtschaft), kritisiert, dass die Freihandelsverträge den kleinen Landwirten schaden. Sie heben Preisregulierungen für importierte Lebensmittel auf und führen so zu einer Überproduktion von Kartoffeln. So kommt es zu einer Deregulierung des Lebensmittelmarktes ohne staatliche Steuerung zugunsten der großen Agrarexporteure und vor allem der großen Lebensmittelimporteure.

<https://www.servindi.org/producciones-audios-resumen-peru-radioteca-audios/04/01/2020/mundo-indigena-peru-el-resumen-nacional>

Santa Clara de Uchunya gewinnt gegen Palmölproduzenten

Die Dorfgemeinschaft des Shipibovolkes Santa Clara, in der Amazonasregion Ucayali gelegen, kämpfte viele Jahre für die Wiedergewinnung ihres geraubten Gemeinschaftslandes. Dieses Land wurde von kriminellen Neusiedlern besetzt, die von korrupten Mitarbeiter*innen der Regionalregierung Besitzurkunden erhielten. In den Jahren 2008 bis 2009 verkauften die „Erstbesitzer“ das Land als kleinere Parzellen an mehrere Neusiedler. Diese produzierten darauf hauptsächlich Palmöl. Damit wurden 99% des vorhandenen Regenwaldes zerstört.

In den folgenden Jahren kämpfte die Dorfgemeinschaft, unterstützt durch ihren regionalen Dachverband und IDL (Instituto Defensa Legal), für die Rückeroberung, gegen bestechliche Funktionäre, Staatsanwälte, Richter und Winkeladvokaten.

Jetzt, am 28.1.2020, erhielten sie den Bescheid, dass die 1.544 Hektar wieder ihnen übergeben werden müssen.

Das ist ein großer Erfolg. Aber nicht das Ende. Im Laufe der Zeit wurden der Dorfgemeinschaft, auch aufgrund fehlender Landtitel, 86.313 Hektar ihres ursprünglichen Territoriums entwendet bzw. gehören heute „offiziell“ dem peruanischen Staat.

(IDL, 28.1.2020, und Servindi, 28.1.20).

Nicht kontaktierte Indigene gewinnen gegen Erdölfirma

Die sogenannten Nicht-Kontaktierten oder die in freiwilliger Isolation lebenden Indigenen im amazonischen Regenwald benötigen ein großes, sicheres Territorium für ihr Überleben. Ihre Heimat ist bedroht, auch von Erdölfirmen. Für eine Gruppe von Nicht-Kontaktierten, Indigenen im

nordöstlichen Regenwald Perus (Nationalpark Sierra de Divisor, an der Grenze zu Brasilien gelegen), engagierte sich die dort ansässige Regionalvertretung der indigenen Völker (Regional de Pueblos Indígenas del Oriente) und Anwälte vom IDL.

Sie erreichten schließlich, dass die Konzessionen zur Erdölsuche für die Felder Nr. 135, 138 und 318 – in beträchtlicher Größe – widerrufen wurden. Den Zuschlag dafür hatte früher die kanadische Firma Pacific Stratus Energy bekommen.

Diese Gerichtsentscheidung gilt als historisch, weil es die erste dieser Art in Peru ist.

Umweltaktivisten freigesprochen

Am 27. Januar hat ein Gericht in Cusco nach einem neun Jahre dauernden Prozess zehn Männer freigesprochen, die sich für die Verteidigung der Land- und Menschenrechte in der Provinz Chumbivilcas eingesetzt hatten und 2011 vom Minenunternehmen Anabi S.A.C. verklagt worden waren.

Die Angeklagten sind Vertreter von lokalen Gemeinden und Basisorganisationen, die friedlich gegen Umweltschäden durch die Mine protestiert hatten. Das Unternehmen, unterstützt von der Staatsanwaltschaft von Chumbivilcas, zeigte sie wegen Entführung, Ausschreitungen und Beschädigung von Eigentum an. Im Prozess erhielten die Angeklagten juristische Unterstützung von den Nichtregierungsorganisationen Derechos Humanos Sin Fronteras, Red Muqui und Earth Rights International. Diese kritisierten mangelnde Beweise und Unregelmäßigkeiten im gerichtlichen Verfahren.

Der Freispruch ist ein Präzedenzfall für andere Verfahren gegen Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen. Die Richterin stellte fest, dass die Staatsanwaltschaft keinen der Anklagepunkte beweisen konnte. Dies zeigt, dass solche Prozesse dafür benutzt werden, den legitimen Einsatz für Menschenrechte zu diskreditieren und zu unterdrücken. Die Richterin ordnete eine interne Kontrolle an, um die Staatsanwälte zu sanktionieren, die nicht mit der nötigen Objektivität gehandelt hatten.

Hunderte von Bürger*innen von Chumbivilcas gratulierten und feierten ihre Vertreter*innen trotz strömenden Regens vor dem Gerichtssaal.

<https://muqui.org/noticias/cusco-defensores-ambientales-son-declarados-inocentes-tras-enjuiciamiento-de-minera-y-fiscalia/>

China verbietet Einfuhr von illegal geschlagenem Holz

Sowohl die UN-Umweltorganisation UNEP wie Interpol meldeten, dass die chinesische Regierung den Import und die Weiterverarbeitung von illegal eingeführtem Holz verboten hat. China ist weltweit der größte Importeur von Holz und größter Exporteur von Holzprodukten.

Die Verhandlungen mit China dauerten 20 Jahre. Ein Großteil des aus Peru exportierten illegalen Holzes geht nach China.

Wenn sich jetzt noch Japan, Mexiko und die USA zu einem solchen Schritt durchringen würden, dann wäre das eine gute Nachricht für den Amazonas-Regenwald.

(Environmental Investigation Agency in Inforegion 22.1.2020)

Dutzende private Universitäten geschlossen

Es war schon abenteuerlich, welche Einrichtungen sich in Peru Universität durften. Seit den 90-er Jahren war es erlaubt, Privat-Universitäten mit Gewinnabsichten zu gründen. Die Unis wurden jetzt durch die neue Aufsichtsbehörde SUNEDU evaluiert; viele der gewinnorientierten Privat-Unis fielen durch und müssen schließen, einige sofort, andere bis September 2020. Dieser Prozess wird rund 150.000 Studierende betreffen.

Auch die Universität Alas Peruanas (UAP) ist davon betroffen. Sie wurde in der Regierungszeit des Ex-Präsidenten Fujimori als Genossenschaft gegründet. Sie hat über 65.000 Studierende und Zweigstellen im ganzen Land. In der Leitung sind viele Militärs. Die Studierenden der durchgefallenen Universitäten müssen jetzt zum großen Teil von staatlichen Universitäten aufgefangen werden. Diese erhalten dafür Extrazuwendungen vom Staat. Die Plätze in den staatlichen Universitäten werden aber nicht ausreichen, um die Studierenden der nun geschlossenen Privat-Universitäten aufzunehmen.

Die Leidtragenden sind die Familien und die Studierenden, die für ein Universitäts-Studium viele Opfer gebracht haben.

(La República, 4.1.2020 und Mitteilungen des Erziehungsministeriums, Rückfragen bei Bekannten in Peru und Kommentare in sozialen Netzwerken, Heinz Schulze)

Dokumentarfilm „Zwischen Eisen und Meer“

Im Distrikt Marcona in der Region Ica im Süden Perus wird seit den 1950er Jahren Eisen abgebaut. Es ist der erste und einzige Ort des Landes, wo Eisen produziert wird. Für 78% der Flächen im Distrikt sind Konzessionen an die Minenunternehmen Shougang und Marcobre vergeben.

Die Journalistin Maga Zevallos hat mit Unterstützung der NGO CooperAcción einen Dokumentarfilm über die Auswirkungen der Minenaktivitäten auf die lokale Wirtschaft gedreht. Er berichtet von den großen Lücken, die es trotz der Einnahmen durch die Steuerabgaben der Minenunternehmen gibt: Seit fünf Jahren fehlt ein Krankenhaus in Marcona, Strom und Wasser werden von der Mine geliefert. Anwohner*innen und lokale Politiker*innen berichten davon, wie Umwelt-, Gesundheits- und soziale Standards verletzt werden.

Dokumentarfilm „Entre el hierro y el agua“ von Maga Zevallos, Trailer und nähere Infos:

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/27/01/2020/marcona-entre-el-hierro-y-el-mar>

zusammengestellt und übersetzt von Annette Brox und Heinz Schulze



Foto: Andina

12. Wie geht es mit Lithium und Uran weiter?

Lange Zeit war es um die Ausbeutung von Lithium und Uran in Peru ruhig. Jetzt gibt es Neuigkeiten. In den südlichen peruanischen Anden (Region Puno, Provinz Carabaya) kommen im [Projekt Macusani Lithium und Uran zusammen vor](#). Die peruanische Regierung, unter Präsident Vizcarra, ließ den – inzwischen zurückgetretenen – Bergwerksminister Juan Carlos Liu erklären, dass sie nun Normen erarbeiten, um die Förderung voranzubringen. Dafür wurden die USA gebeten, die Vorgaben zu liefern, damit eine mögliche Ausbeutung höchsten internationalen Standards entspricht. Minister Liu sprach von einem Volumen von 2,5 Millionen Tonnen. Eine Zahl, die von Experten als viel zu hoch angesehen wird. Minister Liu wies auch darauf hin, dass das Lithium in Peru, anders als in Bolivien, Argentinien und Chile, zusammen mit Uran vorkommt.

Erstmals wird offiziell bestätigt, dass Uran ein radioaktives Element ist. Deshalb sollen Berater aus den USA helfen, den Abbau so sorgfältig wie möglich für Mensch und Natur zu organisieren. Gleichzeitig wurde erklärt, dass Peru außerdem mit den USA über den Ausbau der Energie aus Wind, Sonne, Geothermik und Biomasse verhandelt.

Unklar ist, ob es sich hier um eine Regierungsplanung handelt oder um eine Strategie, um Geldanleger zu gewinnen.

Völlig unklar ist bisher, wie die betroffene Bevölkerung in den Anden sich dazu verhält. Dabei ist bisher die tödliche Gefahr des Uranabbaus nicht das beherrschende Thema, sondern dass die angekündigten Arbeitsplätze sehr wenige sein werden.

Außerdem wird immer deutlicher, dass Lithium quasi von Afghanistan über Bolivien, Nevada und Portugal bis Zimbabwe vorkommt. Wirtschaftlich interessant würde es für die peruanische Wirtschaft eh nur, wenn die Verarbeitung in einer Fabrik vor Ort stattfinden würde. Sonst würde wie bisher der Rohstoff exportiert, und damit hieße es weiterhin: Reichtum geht – Armut bleibt. Inzwischen gibt es weltweit ein Überangebot von Lithium. Das verringert den Weltmarktpreis um bis zu 50%.

Außerdem ist anzumerken, dass Lithium für eine zusätzliche Antriebsart verwendet wird, und es bei der E-Mobilität nicht um Klimaschutz geht, sondern um eine weitere Wertschöpfungskette.

Heinz Schulze



Foto: Andina/Melina Mejía.

13. Der tiefe Fall des Gregorio Santos

Im Januar 2020 wurde der ehemalige Regionalpräsident von Cajamarca, Gregorio Santos, zu 19 Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Gregorio Santos spielte eine besondere Rolle in der peruanischen Politik. Er war, bis zu seiner Untersuchungshaft, ein linker Politiker in der nordperuanischen Andenregion Cajamarca. Er kam aus dem maoistischen linken Lager und aus der Lehrgewerkschaft Sutep. Gregorio Santos war bekannt als Gegner der dortigen Goldmine Yanacocha, auch mit dem Slogan: Wasser ja – Mine nein. Das war eine Seite seines Tuns.

Die andere Seite führte jetzt zu seiner Verurteilung. Dieser Verurteilung ging ein drei Jahre dauernder Prozess über zwei Instanzen voraus. Die in diesem Prozess ermittelten Beweise waren deutlich. Er hat – mit Personen aus seinem Umfeld – offizielle Aufträge zur Infrastruktur in der Region Cajamarca gegen Schmiergelder vergeben. Mit diesen kaufte er ein Landgut, Autos, Wohnungen und er hortete auf seinen Geldkonten 1,2 Millionen Soles (ca. 350.000 €). Neben ihm wurden weitere Personen als Mittäter verurteilt. Außerdem wurden Herr Santos und die Firmen, die die Schmiergelder zahlten, zu 1.550 Millionen Soles Schadensersatz verurteilt.

In den sozialen Medien war auch zu lesen, dass die Verurteilung von Herrn Santos ein Racheurteil sei, weil er ein linker Politiker war. Die Mehrheit sieht das nicht so. Dazu wird bemerkt, dass die Staatsanwaltschaft 24 Jahre Gefängnis gefordert hatte.

Herr Santos kann noch eine letzte Instanz anrufen.

Anmerkung: Die Verurteilung von Herrn Santos bedeutet nicht, dass die peruanische Justiz seriös und unabhängig arbeitet. Es wird viel in Peru angeklagt, aber es gibt wenig Verurteilungen. Eine

übliche Form sind „eingebaute“ Verfahrensfehler durch die Staatsanwaltschaft oder Formfehler durch die Richter. Das wird von den Rechtsanwälten ausgenutzt und führt oft dazu, dass sich die Verfahren hinziehen und oft verjähren. Das ist zum Beispiel bei Drogen- oder auch Korruptionsverfahren der Fall.

Einige Gruppen in Belgien und Deutschland planten eine Europareise von Herrn Santos. Das war vor seiner Untersuchungshaft. Sie schlugen der Informationsstelle Peru vor, sich daran zu beteiligen. Herr Santos sollte als Anti-Bergwerks-Aktivist und integrierter Politiker auftreten. Die Informationsstelle Peru e.V. hat sich daran nicht beteiligt, weil schon damals erste Korruptionsvorwürfe durchsickerten.

Heinz Schulze – nach verschiedenen peruanischen Zeitungen wie auch Panorama de Cajamarca und Kommentaren von Personen aus Cajamarca

Veranstaltungen

- Berlin, 2. März: Peru-Stammtisch

Ort: Restaurant „Merhaba“ (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin)

<http://www.infostelle-peru.de/web/berlin-2-maerz-2020-peru-stammtisch/>

- Berlin, 23. März: Workshop „Rassismus und Dekolonisierung im Alltag“

Ort: Schönhauser Allee, 10439 Berlin

Info: info@migrarteperu.de

<http://www.infostelle-peru.de/web/berlin-23-maerz-workshop-rassismus-und-dekolonisierung-im-alltag/>

- Köln, 24. – 26. April: Peru-Seminar der Infostelle

Information und Anmeldung: Informationsstelle Peru e.V., info@infostelle-peru.de

<http://www.infostelle-peru.de/web/koeln-24-26-april-2020-peru-seminar-der-infostelle/>